Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

595 (23.12.1918) Mittagblatt

Visual Library

Nr. 595 Karlsruhe, Montag, den 23. Dezember 1918 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.55; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.20) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 5.— ohne Bestellgeld; Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt 10 Pf.

Fernsprecher Nr. 535

Badischer Beobachter

Mittagblatt

Anzeigenpreis: Die achtsp. Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, je mit 30% Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Aufträge vermitteln alle Ann.-Expeditionen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. ½8 Uhr bzw. nachm. ½3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe. Waldstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben. Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

Mitteilungen von der Waffenstillstands-Kommission.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) In der letzten Vollsitzung der internationalen Waffenstillstandskommission in Spaa wurde von General Nudent bekannt gegeben, daß die Jagd innerhalb der neutralen Zone der Kontrolle der militärischen Lokalbehörde unterliege. Bezüglich der Internierung der Armee Mackensens erklärte General Nudent, daß die Entwaffnung und Internierung dieser Truppe und des Generalfeldmarschalls im Auftrage des Marschalls Foch bestehen bleibe. Deutscherseits wurde erwidert, daß Generalfeldmarschall von Mackensen sich freiwillig gefügt habe, daß der deutsche Protest gegen die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November auf entsprechende Internierung aber aufrechterhalten werde. Der Vorwurf des französischen Vorsitzenden, daß deutsche Militärbehörden den bolschewistischen Vormarsch in den baltischen Provinzen Vorschub leisteten und die Operationen estnischer Truppen behinderten, wurde energisch zurückgewiesen. Ferner wurde eine Note des Marschalls Foch über angeblich grausame Behandlung französischer Kriegsgefangener in Ostdeutschland überreicht. Der deutsche Vertreter erklärte, die Beantwortung dieser Note seiner Regierung überlassen zu müssen, wies jedoch sofort darauf hin, daß bei der sehr großen Zahl der in so kurzer Zeit zurückzuführenden Gefangenen unangenehme Zwischenfälle sich ereignen könnten, machte aber im Uebrigen noch auf den Gegensatz in der Aufnahme der deutschen Uebergabekommandos bei der Entente und der Vertreter der Alliierten in Berlin aufmerksam. Auch die deutsche Regierung besitze reichhaltiges Material über Behandlung der Kriegsgefangenen in Frankreich, das seinerzeit bei der Friedenskonferenz in aller Oeffentlichkeit vorgelegt werden würde. Deutsche Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Auf Weisung des Staatssekretärs wurde gestern in der Sitzung der ständigen Waffenstillstandskommission eine Note überreicht, wonach das Privateigentum deutscher Baufirmen, das in den jetzigen besetzten Gebieten zurückgelassen werden mußte, alsbald herausgeführt werden darf. Die Antwort der Alliierten steht noch aus.

Bestimmungen für den Gütertransport auf dem Rhein.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Der Präsident der interalliierten Binnenschiffahrtskommission hat über den Transport von Gütern aller Art auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen, soweit sie in die besetzten Gebiete fallen, folgende Veröffentlichung erlassen:

1. Jeder Gütertransport (Materialien, Rohstoffe, Lebensmittel usw.) ist untersagt von Häfen des linken Rheinufers nach einem des rechten Rheinufers.

2. Die Gütertransporte (Materialien, Rohstoffe Lebensmittel usw.) ist untersagt von Häfen des linken Ufer und der vom rechten Ufer zum linken Ufer dürfen vorläufig durchgeführt werden, ebenso die vom rechten Ufer zum rechten Ufer.

Die alliierte Kommission für die Binnenschiffahrt verlangt jeden Tag vor 6 Uhr abends Bericht von Schiffs-wegungen, den Leistungen der Umschlagsplätze während der letzten 24 Stunden. Die Schiffsbewegungen sind zu überwachen.

3. Der Schiffsverkehr von neutralen Ländern nach Rheinstationen ist bis auf weiteres erlaubt.

Bericht über diesen Verkehr, der

a) den Abgangshafen und die Ausladehäfen für jedes Schiff,

b) die in jedem Hafen gelöschte Menge umfassen muß,

ist jeden Tag bis 6 Uhr einzureichen, und zwar für die letzten 24 Stunden, von Mitternacht zu Mitternacht.

4. Die Schiffahrtsverwaltung Westfalen hat diese Anordnung den Interessenten bekanntzugeben und übernimmt die Gewähr für ihre Ausführung.

Die Einteilung der neutralen Zone.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Die Einteilung der 10 Kilometer breiten neutralen Zone erfolgte entsprechend dem Besatzungsgebiet der alliierten Truppen so, daß vier Abschnitte entstanden:

Abschnitt 1 umfaßt das Gebiet von der holländischen Grenze bis zum Nordrand des Brückenkopfes von Köln bei Ratingen.

Abschnitt 2 das sich daran anschließende Gebiet bis zur Ecke zwischen den Brückenköpfen Köln und Koblenz einschließlich Honnef.

Abschnitt 3 geht bis zur Ecke zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Mainz einschließlich Lorch.

Abschnitt 4 umfaßt die ganze neutrale Zone, von da ab bis zur Schweiz.

Im Abschnitt 1 ist der Sitz der Kommandantur in Wesel. Die Besatzung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Wesel, einem Bataillon in Düsseldorf sowie einer Eskadron in Wesel.

Die Kommandantur des Abschnittes 2 ist Wipperfürth. Die Besatzung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Remscheid, einer Eskadron in Wipperfürth und einer Eskadron in Eitorf.

Die Kommandantur für den 3. Abschnitt liegt in Westerburg. Die Besatzung setzt sich aus einem Bataillon Infanterie in Hachenburg, einem Bataillon in Limburg und einer Eskadron in Westerburg zusammen.

Die Kommandantur des letzten großen Abschnittes ist in Karlsruhe. Die Besatzung besteht aus einer Eskadron in Homburg, einem Bataillon in Frankfurt am Main, einem Bataillon Infanterie in Darmstadt, einer Eskadron in Darmstadt, einem Bataillon in Mannheim, einer Eskadron in Schwetzingen, einem Bataillon in Karlsruhe, einem Bataillon in Lahr in Baden, einer Eskadron in Lahr und einer Eskadron in Müllheim in Baden.

Mackensens Internierung in Ungarn.

Wie der Retter Ungarns behandelt wird.

Budapest. Generalfeldmarschall v. Mackensen wurde, wie berichtet, hier interniert. Der Vilag meldet hierüber:

Generalfeldmarschall v. Mackensen, der als seinen Aufenthaltsort für längere Zeit Groß-Wardein bebestimmt hatte, ist von dort Sonntag nachmittag unerwartet mit einem kleineren Gefolge abgereist. Der Generalfeldmarschall hatte sich infolge der Ereignisse in Kronstadt und weil er sich in die Entwaffnung seiner Armee nicht fügen konnte, entschlossen, nach Deutschland zu reisen, um sich nicht der Abrüstung und der wahrscheinlichen Internierung unterwerfen zu müssen. Er hatte gehofft, daß ihm dies gelingen werde, ohne daß ihn die ungarische Regierung aufhalten würde. Dies geschah jedoch Montag um 11 Uhr vormittags, als der Zug Mackensens im Franzstädter Bahnhof einlangte. Vor der Ankunft des Zuges wurde der Bahnhof durch eine aus 100 Mann bestehende Truppe besetzt. Major Gerö begab sich zu Mackensen in den Salonwagen und teilte ihm mit, daß Ministerpräsident Karolyi den Generalfeldmarschall zu sich bitte. Mackensen antwortete: „Wenn der Ministerpräsident mit mir zu verhandeln wünscht, möge er hierherkommen" und erbat sich Zeit zur Besprechung der Sache mit seinem Generalstab. Nach einer halben Stunde richtete Major Gerö an den Generalfeldmarschall eine neuerliche Aufforderung, und sagte: „Hier gibt es kein Ausweichen, weder nach rechts noch nach links. Der Weg ist gegeben." Mackensen nahm diese Worte in außerordentlich ernster Stimmung entgegen und erklärte sich schließlich nach zehn Minuten bereit, den Ministerpräsidenten aufzusuchen, wenn Major Gerö die persönliche Garantie übernehme, daß Mackensen keinerlei Injurie zugefügt werde. Nachdem Gerö dies zugesagt hatte, bestieg Mackensen das seiner harrende Militärautomobil und fuhr in Gesellschaft des Majors Gerö nach dem Parlament.

Dort teilte Ministerpräsident Karolyi dem Generalfeldmarschall mit, daß er im Sinne des Waffenstillstandsabkommens im Auftrage des Budapester französischen Militärkommandos den Generalfeldmarschall und dessen Armee in Ungarn internieren müsse. Mackensen nahm diese Erklärung unwillig entgegen, schlug mit einer unwillkürlichen Bewegung auf seinen Säbel und sein Gesicht spiegelte seinen inneren Kampf angesichts des Umstandes, daß er einer endgültigen Situation gegenüberstand, und die Auflösung seiner Armee nicht mehr aufhalten konnte, wider. Er berief sich auf die Kämpfe, die seine Armee während des Krieges auch an der ungarischen Grenze ausgefochten habe.

Der Ministerpräsident berief sich auf Ungarns Zwangslage. Schließlich erklärte Mackensen, daß er bereit sei, sich der Verfügung zu unterwerfen, und bat, daß man ihn und sein Gefolge in Papa interniere. Karolyi erklärte aber, daß für die Internierung das Schloß des Grafen Ladislaus Karolyi in Foth bestimmt sei. Es wurde auch sofort verfügt, daß Mackensen und sein Gefolge, das aus 22 Offizieren und 80 Mann bestand, nach Foth transportiert werden. Die ganze Truppe wird von einer bewaffneten Militärwache nach Foth begleitet.

Mackensen hat noch abends die Waffenstreckung seiner ganzen Armee angeordnet, die bisher nur zum Teil und eigentlich ohne Verfügung des Kommandanten erfolgt war.

*

Die Rücktransporte der deutschen Truppen aus dem Osten.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Die ersten Transporte mit deutschen Truppen aus Finnland sind an der deutschen Küste eingetroffen. Von der achten Armee befinden sich zurzeit die 205. Infanterie-Division im Abtransport aus der Gegend nördlich Dorpat nach Riga und Mitau, die 17. Landwehr-Division nordöstlich Riga, die 19. Landwehr-Division im Abtransport bei Riga nach Westkurland und Libau mit Teilen nach der Heimat. Die 29. Landwehr-Division nordwestlich Dünaburg, die 17. Kavallerie-Brigade bei Dorpat, die 5. Ersatz-Division und 29. Landwehr-Division sind nach Deutschland befördert. Die Räumung der Krim ist durchgeführt. Die Entente ist gebeten worden, den Rücktransport unseres noch im Kaukasus befindlichen Kommandos zu genehmigen. Aus der Türkei sind durch die Ukraine nach der Heimat befördert Nachrichten-Abteilung Pascha II, Militärpolizei Caspoli, Bahnhofskommandantur 232. — Von der Heeresgruppe Mackensen sind Armee-Oberkommando 11 Stab, 6. Res.-Division, Fernsprech-Abteilung 406, Radfahrerkompagnie 161, Fuhrparkkolonne 734 in Deutschland eingetroffen.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Bei der Unterbrechung unserer Beziehungen zu Polen hat sich zunächst keine Einwirkung auf unsere militärische Lage ergeben. Der Abtransport unserer Truppen wird überall fortgesetzt. In der Ukraine ist die politische Macht an das republikanische Direktorium übergegangen. Die republikanischen Machtmittel der Republik übertrafen die des Hetmans derartig, daß ein Widerstand von seiner Seite ausgeschlossen war. Auf Veranlassung der deutschen Militärbehörde hat das Direktorium den Anhängern des Hetmans Abtransporte in die Heimat oder über die Grenze zugesichert. In einem zwischen dem Kommandanten der deutschen Heeresgruppe in Kiew und den ukrainischen Republikanern abgeschlossenen Vertrag verpflichten sich die Republikaner, den weiteren Abtransport der deutschen Truppen weitgehendst zu unterstützen. Bezüglich der Heeresgruppe Mackensen sind die Landsturmbataillone 10/36, 21/19 (Saarbrücken), 19/27, 12/21 und 14/41 (Rastatt) in Deutschland angekommen. Teile der 218. und 226. Division befinden sich zwischen Budapest und Arrad, die 19. und 303. Division mit der 7. bayerischen Kavallerie-Brigade unter dem Generalkommando 63 in Siebenbürgen.

*

Die Friedenskonferenz auf Anfang Februar vertagt?

Berlin, 22. Dez. (W.T.B.) Echo de Paris will melden können, daß die Friedenskonferenz infolge der Reise des Präsidenten Wilson nach England und der bevorstehenden Aenderung des englischen Kabinetts vertagt würde und frühestens Anfang Februar beginnen werde.

Im Interesse der Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 20. Dez. (W.T.B.) In der Sitzung der internationalen Waffenstillstandskommission vom 20. Dezember wurde von einem Vertreter der deutschen Regierung eine Note überreicht, nach der die norwegische die britische Regierung gebeten hat, sechs deutschen sich in Helsingör oder auf dem Wege dorthin befindlichen mit norwegischen gemäß dem amerikanischen Abkommen zur Ausfuhr freigegebenen, mit Fischprodukten beladenen und ebenso einigen deutschen in deutschen Häfen mit Rohmaterialien für Norwegen beladenen Dampfern Geleitscheine bis zum Bestimmungsort zu erteilen. Im Interesse der Lebensmittelversorgung Deutschlands wurde dieses Ersuchen von der deutschen Regierung unterstützt.

Protest von Hochschullehrern.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Die Hochschulen Erlangen, Tübingen, Halle, Wittenberge, Stuttgart, Hannover, Aachen, Danzig, Tarandt und Königsberg haben einen von 167 Professoren unterzeichneten Protest eingelegt gegen Frankreichs Ansprüche und Maßnahmen zum erneuten Raub des deutschen Elsaß.

Protestversammlung von ausgewiesenen Elsässern und Altdeutschen.

Freiburg i. Br., 21. Dez. (W.T.B.) Zahlreiche aus dem besetzten Elsaß ausgewiesener Elsässer und Altdeutschen hielten gestern abend hier eine Protestversammlung ab. Es wurden Beratungen gepflogen zur Schaffung neuer Existenzen. An den Volksbeauftragten Ebert wurde folgendes Protesttelegramm übermittelt: Die in Freiburg tagenden zahlreich versammelten Altdeutschen und einheimischen Elsaß-Lothringer bitten um Schutz vor unerhörter Vergewaltigung, blutigen Mißhandlungen und öffentlichen Beschimpfungen, wie sie bis jetzt bei dem Abtransport in Mülhausen, Colmar, Schlettstadt, Straßburg und Zabern stattgefunden haben. Sie protestieren gegen Gewaltätigkeiten, Zurückhaltung ihres Eigentums und ihres gesamten Vermögens. Sofortige Schritte bei der Waffenstillstandskommission sind aufs dringendste geboten, wenn weitere Schmach verhindert werden soll. An den Bundespräsidenten Schultheß-Bern und an den Bundesrat Ador, dem Präsidenten des Roten Kreuzes in Bern wurden Telegramme gleichen Inhalts gerichtet.

Weiteres aus dem Toast Poincarés auf Italien.

Paris, 21. Dez. (W.T.B.) Poincaré fuhr, laut Havas-Meldung, in seinem Toast fort, daß Italien entsprechend seiner bis dahin verfolgten Politik trotz der verlockenden Angebote Oesterreich-Ungarns neun Monate nach Kriegsausbruch an die Seite Frankreichs trat. Der Erfolg der darauffolgenden Kämpfe, Mühen und Entbehrungen sei die Einigung des ganzen italienischen Volkes unter dem erhobenen Kreuz-Savoyen. Diese Größe Italiens sei größtenteils dem unmittelbaren persönlichen Eingreifen des Königs zu verdanken, welcher die alten politischen Verbindungen Italiens gelöst habe. Frankreich und Italien, die durch Abstammung und durch Kultur zusammengehören, würden nun auch durch Waffenbrüderschaft für immer verbunden sein. Sie seien Verbündete im Kriege gewesen und wollten nun auch im Frieden Verbündete durch Gefühl und Ueberzeugung bleiben.

Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur in Wien.

London, 21. Dez. (W.T.B.) Reuter. Daily Expreß erfährt, daß der Lebensmittelkontrolleur Hoover am Montag mit Vertretern der Stadtgemeinde Wien in Bern zusammentreffen werde. Vertreter der britischen und der französischen Regierung werden der Beratung, die sich um die Bedürfnisse der österreichischen Republik drehen soll, beiwohnen. Sie ist eine Vorbesprechung, die den Beratungen über die ganze Frage der Lebensmittelversorgung vermittelnd vorangehen wird.

Ablehnung rumänischer Ansprüche durch Ungarn.

Budapest, 20. Dez. (W.T.B.) Ungr. Korr.-Büro. Ein zu später Nachtstunde versammelter Ministerrat hat die Ablehnung der Zumutung des rumänischen Befehlshabers in Siebenbürgen beschlossen, wonach die Räumung nicht nur der Stadt Kolozsvar und ihrer Umgebung sondern auch der ganzen 26 Komitate, auf die sich das rumänische Imperium erstrecken soll, verfügt wird, da sie den Bedingungen des Waffenstillstandsabkommen zuwiderläuft, in deren Sinn die ungarische Regierung bloß das durch die Demarkationslinie begrenzte Gebiet militärisch zu räumen hat. Wohl sei im Belgrader Abkommen der Entente das Recht vorbehalten, strategisch wichtige Punkte auch außerhalb des geräumten Gebietes zu besetzen, doch lege das Abkommen der ungarischen Regierung nicht die Pflicht auf, ihre militärischen Kräfte auch von diesen strategisch wichtigen Punkten zurückzuziehen, vielmehr gehe aus dem Belgrader Vertrag deutlich hervor, daß sich das Recht Ungarns, eine Streitmacht von 6 Infanterie- und 2 Kavalleriedivisionen zur Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu unterhalten auf das Gebiet diesseits der Demarkationslinie erstreckt. Das Kabinett Karolyis hat daher die erwähnte Zurücknahme der ungarischen Truppen nicht verfügt, sondern bloß angeordnet, daß diese sich jeden Zusammenstoßes mit den rumänischen Truppen enthalten. Die ungarische Regierung hat den französischen Oberstleutnant Vix von dieser Stellungnahme amtlich verständigt und ist entschlossen, an ihrem Entschluß unter allen Umständen festzuhalten.

Das amerikanische Staatsdepartement zu einer deutschen Mitteilung.

Washington, 21. Dez. (W.T.B.) Trotz Lansings entschiedener Aufforderung, daß die deutschen Mitteilungen an alle assoziierten Mächte gerichtet werden sollen, ist wieder ein Appell um Lebensmittel sowie um Abänderung der Waffenstillstandsbedingungen von der deutschen Regierung eingetroffen. Das Staatsdepartement veröffentlicht diese Note nicht, weil sie gegen den oben genannten Sinn verstößt und sich nicht von früheren Appellen unterscheidet, die als Propaganda betrachtet würden, durch die die Regierung in Berlin den Folgen der Niederlage zu entgehen versucht.

*

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Vom 23. 12. bis 27. 12. fallen die Sitzungen der ständigen Waffenstillstandskommission in Spaa aus.

Paris, 21. Dez. (W.T.B.) Havas-Meldung. Wilson stattete gestern nachmittag dem König von Italien einen Besuch ab. Am Abend hatte er eine neue Unterredung mit Clemenceau.

Die deutsche Wehrmacht in englischer Kritik.

Der Londoner Vertreter der N. Zürcher Z. drahtet, General Maurice, der über die Ursache des deutschen Zusammenbruches geschrieben hat, betont, in englischen Militär- und Marinekreisen bestehe, was die deutsche Flotte anbetreffe, ein Gefühl der Mißbilligung für die Matrosen, weil sie rebellierten und dann ihre Schiffe dem Feinde auslieferten, anstatt dem Tode zu trotzen, selbst in einem Verzweiflungskampf gegen überlegene Kräfte, um wenigstens die Ehre zu retten, wie man so viele Beispiele in der Geschichte der britischen Marine finde. Was die deutsche Armee betrifft, deren große Tapferkeit anerkannt wird, so faßt man die allgemeine Ansicht in das Wort zusammen: „Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht."

Belieferung von Elsaß-Lothringen mit rechtsrheinischen Brennstoffen.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Zur Weiterführung der von französischer Seite vorgelegten Forderungen über die Belieferung von Elsaß-Lothringen und der Nachbargebiete mit rechtsrheinischen Brennstoffen und anderen Rohmaterialien soll, nach dem Vorschlag der französischen Regierung, am 23. 12. in Luxemburg mit dem vom Generalstab von Marschall Foch bestimmten Generaloberst General Mercier und einer deutschen Kommission, die höchstens aus drei Personen besteht, verhandelt werden. Die deutschen Delegierten werden sich alsbald dorthin begeben. Deutsche Waffenstillstandskommission: Vorsitzender Staatssekretär Erzberger.

Das belgische Wahlgesetz.

Brüssel, 21. Dez. (W.T.B.) Agence Havas. Einer Wehrvorlage an, wonach das Truppenkontingent auf 350 000 Mann im Kriege und 100 000 Mann in Friedenszeit festgesetzt wird. Der Sozialist Delvorte erklärte: Die soziale Linke hat für die Vorlage gestimmt, weil wir uns noch im Kriege befinden. Wir hoffen, daß die Dienstzeit im Frieden gekürzt werden wird.

Lloyd George und die englischen Arbeiter.

Amsterdam, 23. Dez. Nieuwe van dem Dag meldet, daß Lloyd George, um nicht die Unterstützung der englischen Arbeiter ganz und gar zu verlieren, gezwungen sein werde, den Präsidenten Wilson in seinen Bestrebungen zu unterstützen.

Wilsons Antwort.

Stockholm, 21. Dez. (W.T.B.) Laut Daglight Allehanda ist an den Präsidenten der ersten schwedischen Kammer, Grafen Hamilton, folgendes Antworttelegramm vom Präsidenten Wilson eingegangen: Mit der größten Befriedigung habe ich den Willkommgruß empfangen, welchen die beiden Kammern des schwedischen Reichstages die Güte hatten mir zu senden, und ich nehme ihn als äußerst willkommenen Ausdruck für das Vertrauen dieser Kammern entgegen. Ich hoffe und glaube, daß bei den gemeinsamen Beratungen ein den Bestrebungen der europäischen Völker würdiger Friede gesichert werden kann und wird. Ich werde mit Freude und Stolz alles tun, was ich kann, um einen solchen Zustand zu bringen.

Wilson doch nach Italien.

Paris, 21. Dez. (W.T.B.) Meldung des Reuterschen Büros. Präsident Wilson wird Italien anfangs Januar besuchen. Er verhandelte mit dem Grafen Romanones, wobei ihn letzterer zu einem Besuche Spaniens einlud.

Eine Unterredung mit Wilson.

London, 20. Dez. (W.T.B.) Reuter. Die morgige Times wird ein Interview veröffentlichen, das der Pariser Korrespondent mit dem Präsidenten Wilson hatte. Auf die Frage, was die Hauptabsicht der Konferenz und das große Ziel sei, wonach die Alliierten trachten wollen, antwortete er: Ich glaube, es ist deutlich, daß jetzt alle Nationen mit ängstlicher Erwartung nach Versailles blicken, und ich bin sicher, daß die Menschen nur eine Frage stellen: Werden die Staatsmänner, die dort versammelt sind, über genug Klugheit und Entschlossenheit verfügen, um Schutz gegen zukünftige Kriege zu schaffen? Weiter erklärte Wilson, daß er gerne Italien und Brüssel besuchen wolle, aber zu einem Besuche der (englischen) großen Flotte keine Zeit haben werde. Dabei kam Wilson auf die Rolle zu sprechen, die die britische Flotte bei der Aufrechterhaltung der „Freiheit der Meere für die freien Völker Welt" während des Krieges spielte und freute sich, sagen zu können, daß er England in allernächster Zeit zu besuchen hoffe. Schließlich sagte der Präsident: Ich glaube, wir verstehen und würdigen die schwierigen Probleme, die der Krieg für das britische Volk mit sich gebracht hat und wir haben volles Verständnis für die besonderen internationalen Fragen, die aus der Tatsache der besonderen Stellung Englands als Inselreich entstehen. Auf eine weitere Frage des Korrespondenten erwiderte der Präsident, er fühle keinerlei Besorgnis bezüglich des Ergebnisses der bevorstehenden Zusammenkünfte. Er sei im Gegenteil davon überzeugt, daß es den Staatsmännern der Welt möglich sein würde, in gemeinsamer Beratschlagung eine gerechte und vernünftige Lösung der Probleme zu erreichen.

Botschafter a. D. v. Schön zur Vorgeschichte des Krieges.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des Berl. Lokalanzeigers sprach der frühere deutsche Botschafter in Paris, Frhr. v. Schön, über die Vorgeschichte des Krieges. Er sagte u. a.: Das französische Volk hat zweifellos 1914 den Krieg nicht gewollt, aber es bestand in Frankreich eine Kriegspartei, die schließlich die Oberhand gewonnen hat. Frankreich sei wohl vorbereitet gewesen und anscheinend ohne Zögern in den Krieg gegangen. Erst seit Kriegsausbruch wisse er, daß auf Drängen des Generals Michel der Stadtrat von Paris im Januar 1914 einen Betrag von zusammen 400 000 Frcs. bewilligt habe, um die Mehlversorgung von Paris im Kriegsfalle sicher zu stellen. Im Mai 1914 schlug der französische Botschafter der Schweiz vor, sich von ihren Nachbarn Neutralität garantieren zu lassen und als Gegenleistung die Verpflegung der Verwundeten der kriegführenden Staaten im Kriegsfalle zu übernehmen, wogegen Frankreich geneigt sein wird, der Schweiz die Getreideeinfuhr auf seinen Bahnen zu sichern. Bei den darauffolgenden Verhandlungen zwischen dem französischen Militärattaché Major Vageot und dem schweizerischen Generalstab erklärte Vageot u. a., da die Ausgleichsversuche zur Beseitigung des deutsch-französischen Gegensatzes in Bezug auf Elsaß-Lothringen erfolglos und ein Entgegenkommen Deutschlands nicht zu erwarten sei, müsse es schließlich einmal zu einer Auseinandersetzung kommen. Der Major hatte unbedingt mit der Mitwirkung Rußlands, Englands und mindestens mit der Neutralität Italiens gerechnet. Es sei damals zu keiner schriftlichen Abmachung mit der schweizerischen Regierung gekommen, aber der Vorschlag des französischen Botschafters, der im Kriegsfalle Frankreichs die Getreidezufuhr nach der Schweiz unter der Bedingung zusichern sollte, daß die Schweiz den Verbleib des Getreides im Lande garantiere, habe dort außerordentliches Aufsehen erregt und habe eine Anfrage bei der deutschen Regierung veranlaßt, ob sie in der Lage sei, die unverhinderte Zufuhr von Getreide und auch von Kohlen zuzusichern. In Berlin sei die Tragweite dieser Anfrage wohl nicht genug gewürdigt worden. Man glaubte so wenig an eine unmittelbare Kriegsgefahr, daß die Verhandlungen mit der Schweiz wegen Ausführung des Kohlenabkommens erst für den späten Sommer in Aussicht genommen wurde. Frankreich rechnete mit absoluter Sicherheit auf Englands Unterstützung in einem Kriege gegen Deutschland, da es der Schweiz zu verstehen gab, daß im Kriegsfalle die Getreidezufuhrstraße über Rotterdam durch Deutschland gesperrt sein würde, Frankreich aber die Blockade nicht hätte durchführen können. Während der Spannung des Balkankrieges schlug der Botschafter dem französischen Ministerpräsidenten den Verzicht auf die gegenseitigen Rüstungen und ein friedfertiges Nebeneinanderleben vor, worauf Bartou mit der Forderung der Rückgabe von Elsaß-Lothringen antwortete.

Im neuen Deutschland.

Gegen die hohen Lohnforderungen.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Die außerordentlich hohen Lohnforderungen, die gegenwärtig an der Tagesordnung sind, stellen nur scheinbar eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters dar; sein Einkommen wird lediglich nominell aufgebessert, in Wahrheit führt eine Erhöhung nur zu einem noch stärkeren Anziehen der Lebensmittel- und späterhin der Rohstoff- und Mietpreise. Es ist hohe Zeit, daß die Lohnfestsetzung wieder in die Bahn des Tarifvertrags zurückkehrt und den gewerkschaftlichen Einflüssen zugänglich wird. Ebenso muß die Anordnung von Arbeitsniederlegungen, für die der Augenblick sicher so ungünstig wie möglich gewählt ist, ausschließlich den Berufsvereinen der Arbeiter überlassen bleiben. Von dem Unternehmer muß weitgehende Rücksicht auf die Lebensbedingungen seiner Arbeiter verlangt werden, aber auch von deren Seite ist Rücksicht auf die Produktivität des Betriebs zu nehmen, ohne die die kapitalistische Wirtschaftsführung ebenso unmöglich wie die Vergesellschaftung ist.

Der Zentralrat.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B. Amtlich.) Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat sich konstituiert und die Geschäfte für das Reich und Preußen übernommen. Sein Büro befindet sich vorläufig im Herrenhaus, Leipzigerstraße. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins führt seine Geschäfte für Groß-Berliner Angelegenheiten im Abgeordnetenhaus. Alle Vollmachten und Legitimationen, die vom Vollzugsrat ausgestellt sind, verlieren am 28. Dezember ihre Gültigkeit. Die Vollmachten für Angelegenheiten des Reiches und Preußens werden vom Zentralrat der Republik, neue Vollmachten für Groß-Berliner Angelegenheiten vom Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin ausgestellt.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
Max Cohen. Herm. Müller.
Der Vollzugsrat der Arbeiter- u. Soldatenräte Groß-Berlins.
Richard Müller. Molkenbuhr.

Die zukünftige deutsche Staatsform.

Berlin, 21. Dez. (Mannh. Gen.-Anz.) An den viertägigen Beiprechungen, welche in der vorigen Woche zwischen dem Staatssekretär des Innern und den deutschen Staatsrechtslehrern in Berlin stattfanden, nahm u. a. auch der Berliner österreichische Gesandte Dr. Hartmann und Professor Max Weber-Heidelberg teil. Die Gesichtspunkte, auf die man sich dabei geeinigt hat, gehen ungefähr dahin: An die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewählter Präsident, dessen Amtsbefugnisse ungefähr in der Mitte liegen sollen zwischen den Rechten, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem König von England zustehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach streng parlamentarischen Grundsätzen selbst zusammenstellen. Daneben wird nach dem Muster des alten deutschen Bundesrats ein Staatenhaus aus Bevollmächtigten der verschiedenen Bundesrepubliken gebildet werden, das ungefähr dem amerikanischen Senat entsprechen dürfte und das entgegen den Befugnissen des Bundesrats weniger ein Organ der Verwaltung als der Gesetzgebung bilden wird.

Die Reichsregierung wird scharf unitarisch sein, jedenfalls in weitgehenderem Maße als unter dem alten Regime. Dabei soll die Zentralisierung nicht so weit getrieben werden, daß etwa die Selbständigkeit der einzelnen Bundesrepubliken aufgehoben wird. Gewisse kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gebiete werden der Verwaltung der Bundesrepubliken reserviert. Anderes dagegen, wie Eisenbahn, Heereswesen, Zollwesen, Post und Steuer sollen der Reichsverwaltung zustehen. Man glaubt, daß man ungefähr 14—15 deutsche Bundesrepubliken zählen kann.

Die Grenzen der einzelnen Republiken werden sich keinesfalls mit den bisherigen Grenzen der Bundesstaaten decken. So denkt man z. B. den Bundesstaat Preußen nach dem Muster der Batocki-Vorschläge aufzuteilen. Aber auch der Territorialbestand anderer Bundesstaaten, wie z. B. Bayerns, wird kaum geschlossen in die Form einer neuen Bundesrepublik übergehen. Vielleicht wird sich der Kern des früheren Königreichs Bayern mit Deutsch-Oesterreich verbinden, während Franken sich einer andern Republik anschließt. Von der Reichsregierung soll jedoch auf diese Um- und Neubildungen keinerlei Einfluß oder gar Zwang ausgeübt werden.

Die Differenzen mit Polen.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Am 15. Dezember erklärte bekanntlich die polnische Regierung die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland durch eine Note, in der sie ihren Schritt u. a. wie folgt begründet:

Die polnische Note, welche die Räumung der durch den Oberbefehlshaber Oberost verwalteten Gebiete verlangte, harre noch immer die Beantwortung. Die Gewaltherrschaft, der die polnische Bevölkerung im Gebiet Oberost unterworfen sei und die auch seit der Veränderung in der deutschen Politik keine Wandlung erfahren habe, mache jede Regelung dieser Frage gegenwärtig unmöglich. Die deutsche Regierung habe niemals das Verhalten der Militärbehörde, die die polnische Bevölkerung systematisch bedrückt, mißbilligt, sondern vielmehr die polenfeindlichen Elemente begünstigt, anderseits wegen des offenbaren Einvernehmens, das zwischen gewissen deutschen Militärbehörden und der Sowjetregierung bestehe, zur Ausbreitung des bolschewistischen Systems in diesen Gegenden beigetragen. Die lange Dauer der mühseligen Verhandlungen über die Räumung der Bugetappe nehme der Lösung dieser Frage jede praktische Wirkung. Die Unterstützung, welche die deutschen Militärbehörden im Gebiete von Cholm und Podlachien der ukrainischen Bevölkerung hätten zuteil werden lassen, beweise, daß die deutschen Behörden dahin streben, zum Schaden Polens vollendete Tatsachen zu schaffen und die polnische und ukrainische Nation zu trennen. Die Organisation des Heimatschutzes Ost endlich und die herausfordernde Haltung des Ostmarkenvereins hätten die feindlichen Gefühle der polnischen Bevölkerung gegen Preußen sehr verstärkt und Zweifel an der Aufrichtigkeit Deutschlands hervorgerufen, ob es sich an die vom Präsidenten Wilson proklamierten Friedensgrundsätze halten wollte.

Zu diesen Ausführungen bemerkt das W.T.B.:

1. Der polnischen Regierung fehlt jeder Rechtstitel, die Räumung des Oberost-Gebiets zu verlangen. Ein Eingehen auf diese Forderungen seitens der deutschen Regierung hätte im Widerspruch zu den von ihr angenommenen Waffenstillstandsbedingungen gestanden.

2. Im Gegensatz zu den behaupteten Bedrückungen der polnischen Bevölkerung ist durch den von der polnischen Regierung von Oberost entsandten Vertreter des polnischen Generalstabes ausdrücklich festgestellt worden, daß das Verhältnis in diesem Gebiet zwischen den deutschen Behörden gut ist. Hieraus geht hervor, daß die in der Note aufgestellten weiteren Behauptungen, die deutschen Behörden begünstigen die den Polen feindliche Bevölkerungsteile, der Grundlage entbehren.

3. Zwischen der deutschen Militärbehörde und der Sowjetregierung besteht kein freundschaftliches Verhältnis, wie der polnischen Regierung genau bekannt ist.

4. Die Verhandlungen über die Räumung der Bugetappe haben sofort nach Eintreffen des deutschen Gesandten in Warschau begonnen. Daß sie zu spät zu Ende gekommen sind, lag lediglich an dem Vertreter der polnischen Regierung, die die deutschen Vorschläge wochenlang unbeantwortet ließ.

5. Die Behauptung, daß die deutschen Militärbehörden in den Kampf zwischen den Ukrainern und den Polen für die ersteren Partei ergriffen hätten, widerlegt sich schon dadurch, daß bekanntlich sich die deutschen Truppen verpflichtet haben, bei den Parteikämpfen in der Ukraine neutral zu bleiben, selbstverständlich unter Aufsicht ihrer Führer und Soldatenräte diesen Beschluß gewissenhaft aufrechterhalten haben.

6. Die Unterstellung, daß der Friede zwischen Deutschland und Polen durch Organisierung des Heimatschutzes gefährdet werde, wird dadurch Lügen gestraft, daß die Gefährdung des Friedens offenkundig von der polnischen Regierung selbst ausgegangen ist, indem sie in den Ostprovinzen eine zügellose Agitation entfaltet und nunmehr übergegangen ist zu flagranten Verletzungen nicht nur des Völkerrechts, sondern auch der speziellen Bestimmungen des Waffenstillstandes, indem die polnische Regierung Wahlen zum polnischen Landtag auf rein deutschem Gebiete ausschreibt. Alle Anregungen, das gesamte Gebiet gemeinsam in friedlicher Weise zu organisieren, sind ohne Beantwortung geblieben.

7. Während der Anwesenheit der deutschen Gesandtschaft in Warschau ist die deutsche Gesandtschaft unerhörten Anpöbelungen durch die polnische Presse oder gewalttätigen Anschläge der Warschauer Bevölkerung ausgesetzt gewesen. An allen Straßenecken durften hetzerische Aufrufe und Plakate mit der Aufforderung, zu den Waffen gegen das Deutschtum zu greifen, prangen, ohne daß irgend jemand nur versucht hätte, sich dem Treiben dieser chauvinistischen Hetzer zu widersetzen.

*

Berlin, 23. Dez. Die Ansprüche Polens auf wertvolle Gebietsteile im Osten sind von brennendstem Ernste. Insbesondere ist, wie der Vorwärts sagt, die Gefahr in größter Nähe, die dem deutschen Besitz des oberen schlesischen Kohlengebietes von polnischer Seite droht. In Ostsachsen werde unter den wendischen Bewohnern eine starke tschechische Propaganda betrieben. Durch Äußerungen der dort weilenden französischen Offiziere werde man zu der Vermutung getrieben, daß eine Besetzung sächsischer Gebietsteile bereits beschlossene Sache sei.

Hindenburgs Weihnachtsaufruf.

Kassel, 21. Dez. (W.T.B.) In einem von der Kasseler Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Aufruf, gegeben im Großen Hauptquartier Wilhelmshöhe, Weihnachten 1918 blickt Generalfeldmarschall von Hindenburg auf die gewaltigen Kriegsleistungen des zur Wehrhaftigkeit erzogenen deutschen Volkes in Waffen zurück, das nicht vor einer Welt von Feinden zurückgeschreckt sei. Hierzu befähigt sei es durch das heilige Feuer der Vaterlandsliebe, den Willen zum Sieg und den Geist der Treue. Das deutsche Heer sei dahin, zersetzt, aufgelöst, obwohl bis zuletzt gefürchtet und geachtet von den Feinden.

Den Offizieren, hoch und nieder, komme als Erziehern und Führern des Volksheeres unbestreitbar ein hoher Anteil an dem Ruhme zu. Es sei eine kleinliche Rache, ihnen die Abzeichen und Waffen abzusprechen und sie als unfähig der Befehlsgewalt zu erklären. Die Zerstörung der nationalen Kraft des deutschen Volkes von Grund auf, sei die Absicht jener verneinenden zersetzenden Geister, die am Werke seien, um die Neugestaltung des Reiches auf gesunder, politischer und wirtschaftlicher Grundlage zu hemmen. Trotz mancherlei Krankheitserscheinungen, vereinzelter Fälle von Selbstsucht, Eitelkeit und Unwahrhaftigkeit kehre das deutsche Offizierkorps gesund und stark aus dem Kriege zurück. Das deutsche Offizierkorps sei kerngesund. Seine vornehmste Aufgabe sei das Wohl der Gesamtheit und die Ehre des deutschen Namens. Daher habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um den Zusammenbruch unseres nationalen und wirtschaftlichen Daseins zu verhindern. Dabei muß es aber erbittern, wenn in kleinlicher Rache die Autorität im Heere untergraben wird. Alle jene aber, die sich als Schmarotzer im deutschen Offizierkorps gezeigt haben, sollten und müssen abgeschüttelt werden.

Der Aufruf schließt: Wenn ich als Oberbefehlshaber des deutschen Feldheeres am Ende meiner militärischen Laufbahn meine Stimme erhebe für meine Kameraden und Untergebenen, meine treueste Stütze in Kampf und Not, so möge man daraus auch ein heiliges Vermächtnis der Vergangenheit entnehmen für die neue Zeit, für die glückliche Zukunft unseres Volkes und für die Einheit der deutschen Stämme, mit der alten Mahnung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen."

*

Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Die von der preußischen Regierung beschlossene Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung lehnt sich eng an das Reichswahlgesetz. Die Mitglieder der Landes-

---

Heimatzauber.

Originalroman von Felix Nabor.

(Nachdruck verboten.)

85) (Fortsetzung.)

Trudes Hand glitt zärtlich über die schmalen, blassen Wangen. „Du liebes, dummes Mädel, warum liefst du in die Welt hinaus?"

„Weil ich ihn lieb hatte, Trude..."

„Den Rainer? ... Ach Gott, solch ein Künstler-Vagant! ... Und er? ..."

„Er wandte sich rasch von mir. Ich sei ein dummes Gänschen, ohne Talent und ohne Geld, sagte er. Ich hemme seinen Künstlerflug ... an mich könne er sich nicht binden. Da flog er in die Welt hinaus — mit einer andern, die schöner und stolzer ist als ich. Drüben in Amerika feiern sie jetzt Triumphe, seit seine Oper in Berlin durchgefallen ist."

„Ah — — wie schlecht!"

„Ja — es tat sehr wehe, Trude. Aber nun bin ich geheilt — — auch von meiner Eitelkeit —"

„Erzähle!... Sie hob sie empor und führte sie zum Sofa. In den Arm der Schwester geschmiegt, an ihrer Brust geborgen, bekannte Suse ihre Irrfahrt durch die Welt und ihr verfehltes Leben...

„Meine Stimme war zu klein für die Bühne, und zur Schauspielerin hatte ich kein Talent, da wurde ich überall abgewiesen. Ach Gott — und sonst konnte ich ja nichts. Da war's sobald das Geld zu Ende ging, auch aus mit mir. Ich wollte sterben, in die Isar gehen, aber ich fürchtete mich vor dem Wasser und vor der großen Sünde... Da hungerte ich. Hast du schon einmal hartes Brot gekaut und und mit Tränen benetzt?.. Nein, du hast nicht!... Weißt nicht, wie bitter weh der Hunger tut..."

„O doch, Suse, den Hunger des Herzens kenne ich besser als du!... Wie ging's dann weiter?"

„Schlecht, Trude, jämmerlich. Im Winter wurde es am schlimmsten. Da kam zum Hunger die Kälte. Alle meine Kleider verkaufte ich, meine Ringe, Uhr und Kette... In eine kalte Kammer verkroch ich mich — es war entsetzlich. Aber das schwöre ich, Trude: in aller Not bin ich rein geblieben.... Nein kehre ich ins Elternhaus zurück —"

„Ich glaube dir, Suse. Ich lese es in deinen Augen. Warum schriebst du mir nicht?"

„Ich schämte mich so entsetzlich.... Dann kam das Heimweh — nach dir, nach der Mutter, nach der alten Mühle... Mein Herz blutete und ich weinte Tag und Nacht. Die Heimat rächte sich, weil ich sie treulos verlassen hatte. Ohne Steuer und Kompaß, ohne den Segen der Mutter fuhr ich aufs wilde Meer des Lebens hinaus. Ach, wie töricht!...

Nur starke, reife Menschen vermögen sich da zu halten, gute Schwimmer. Die Halben und die Schwachen zerbricht das Leben, wirft sie als Wrack ans Land — so wie mich. Als ich das erkannte, bereute ich meine unselige Tat und sehnte mich zurück nach euch. Fast wäre ich gestorben an diesem Heimweh. Und als du dann am Telephon mit mir sprachst, da war es mir, als sei es die Stimme der Heimat, die mich zu sich rief... Erst sträubte ich mich gegen den Ruf, mein Stolz litt es nicht, daß ich mich vor euch demütigte. Scham und Reue brannten wie Feuer in meiner Seele, aber als Hunger und Kälte mich peinigten und das Heimweh wie ein Wurm an mir nagte, da kam ich zitternd aus meinem Versteck hervor, wie ein armes, hungriges Vögelein, das ein Körnlein sucht, um nicht zu verhungern... Das Weihnachtsfest kam... Ach, was hab ich da gelitten! Alle hatten einen Baum, nur ich nicht; keine liebende Hand streckte sich mir entgegen. In einer kalten Mansarde habe ich Heiligen Abend gefeiert — im Dunkeln, zitternd vor Hunger und Kälte. Da verwünschte ich die große Stadt, in der Millionen Kerzen brannten, aber keine einzige für mich... All meinen Stolz, all meine Eitelkeit und den kindischen Trotz warf ich von mir und nur ein Wunsch brannte in meiner Seele: Heimwärts!... heimwärts!... Und jetzt, da ich hier geboren bin, möchte ich am liebsten sterben... in der Heimat, an deinem Herzen, mit dem letzten Worte auf den Lippen: „Teure Heimat, sei gegrüßt!..."

Ihre blassen Lippen versuchten ein paar leise Töne; aber sie verstummten sogleich wieder und ihr Köpfchen sank schwer gegen Trudes Brust —...

„Mein Gott, was ist dir?" rief diese erschrocken. „Was hast du?..."

„Hunger... Hunger..."

„Komm, daß ich dich labe!" Trude hielt die Schwester im Arm und päppelte sie, bis sie satt war.

Da preßte Suse die Hand aufs Herz. „Nun kommt das Schwerste — wie soll ich vor Mutter bestehen?"

„Sei ohne Sorge — Mutter ist doch so gut!"

„Und du bist auch so gut — und ich Schaf hab's nicht gewußt.... Hab nicht gewußt, wieviel Liebe in der alten Mühle wohnt —"

„Die soll immer hier wohnen, Suse! Sie ist doch das Beste im Leben! Und nun will ich dir den Weg bereiten — warte ein wenig!..."

Sie ging in die Kammer. Nach einer Weile erklang ein lauter Schrei. „Suschen — liebes Suschen!"

So helle Fanfaren hat nur die Liebe.

Suse flog in die Kammer und lag weinend und lachend am Herzen der Mutter. „Lieb' Mütterlein.. liebe Heimat, da habt ihr mich wieder, euer törichtes Kind!..."

Es wurde ein schöner Sylvesterabend, ein trautes Heimatfest bei Glockenklang und Gläserklirren. Manch liebes Wort wurde gesprochen manch frommer Wunsch stieg, von heißen Gebeten wie von weichen Armen liebevoll umschlungen, zum Himmel und die Heimkehr der verlorenen Tochter, das Versöhnungsfest, ward in aller Stille gefeiert. Hand in Hand grüßten die drei Frauen von der Mühle das neue Jahr mit dem alten Spruche, mit dem man einen lieben Gast willkommen heißt:

„Grüß Gott, tritt ein — bring Glück herein!" —

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 595

versammlung werden in
baren, gleichen und geheim
Grundsätzen der Verhältnis
berechtigt sind alle deut
sich der Personen des Solda
die am Wahltag das 20
haben. Die Wahlausschüsse
gleichen wie im Reichswahl
alle Wahlberechtigten, die
destens einem Jahre Preuß
Einwohner entfällt im all
geneter; in 23 Wahlkreisen, d
und Regierungsbezirke anle
401 Abgeordnete gewählt.
am 26. Januar statt.

Die Ausübung der
Berlin, 21. Dez. (W.T.B
Mittag hört, haben die
Gröner namens der H
dem Rate der Volks
führten Verhandlungen üb
Rätekongresses betr
Kommandogewalt zu ein
geführt. Die Einzelheiten d
in kürzester Frist bekannt

Adolf Hoffmann zum Mi
ernann
Berlin, 21. Dez. (W.T.B
rister Adolf Hoffmann
fügung zu: Die preußische
durch Erlaß von heute zu
ten Preußens im Bu
den hiervon mit dem Bemer
n's geletzt, daß das Reichsa
Minister der Auswärtigen
sprechend benachrichtigt wor
Ströbel.
Im Anschluß hieran könn
es Herrn Hoffmann etwas
spricht die Hoffnung aus, d
durchbringen zu können.

Wiederaufnahme der Bez
Regierun
Berlin, 20. Dez. (W.T.B
greß der A.- und S.-Räte
der Ostfront veröffentlichen
der sie auf das dringendste
nahme der diplomat
gen mit der Sowjetregi
worten.

Schwierigkeit der Durchf
des Reichskon
Berlin, 21. Dez. (W.T.B.)
der Arbeiter- und Sol
Schluß des Kongresses mit
auftragt, über die Durchf
Kongreß angenommenen A
der Sitzung lagen Erklärung
leitung, der militärischen
Hilfsstandskommission, des K
Staatssekretärs des Reichsam
Steelln vor, wonach die Rück
pen in die Heimat und die
stimmungen des Waffenstill
Verwirklichung der
Kongresses auf das schwer
würden. Der Zentralrat fü
daß gesetzliche Verordnur
der Kongreßbeschlüsse erforde
ordnungen nebst Ausführun
so schnell wie möglich erlass
bleibt es bei den bisherigen

Eingriff der „Unabhän
Zeitungbet
Bremen, 21. Dez. (W.T.B
erschienen heute Vormittag
gige Mitglieder des
Begleitung von bewaffneten
schäftsräumen der Bürger
ten, daß sie von jetzt ab der
würden. Die bisherigen Le
der Redaktion traten unter P
sten zurück.

Der neue Generalstabs
Berlin, 20. Dez. (W.T.B.
des bisherigen Generalstabsa
Feldsanitätswesens, Exzellenz
der Direktor des Sanitätsde
ministerium, Generalarzt Dr.
Wahrnehmung der Geschäfte
der Armee und des Chefs des
Direktors der Kaiser Wilhel
lassung in seiner bisherigen
worden. Generalstabsarzt D
am 1. Dezember 1863 zu Goß
fessors L. Schultzen.

Gegen das Ablegen der Ord
Berlin, 21. Dez. (W.T.B.)
des Reichskongresses
datenräte über das Able
Ehrenzeichen und Ra
bei der Reichsregierung eine
Anzahl von Telegrammen ge
mationen ein, die alle gegen
stieren und in ihrer Mehrz
griff auf ihre Ehre und
des Einzelnen und der Forme

Die Wahlordnung zur
Versammlu
Berlin, 21. Dez. (W.T.B.
veröffentlicht eine Verord
rung der Verordnung über d
fassunggebenden deutschen
vom 19. Dezember 1918, wel
len zur verfassunggebenden
sammlung finden am Sonnt
1919 statt. Die Wählerl
manns Einsicht am 30. Dezem
Sprüche gegen die Wählerliste
Woche zu erledigen; die Wa
spätestens am 4. Januar

versammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer einschließlich der Personen des Soldatenstandes und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlausschließungsgründe sind die gleichen wie im Reichswahlgesetz. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Preußen sind. Auf 100 000 Einwohner entfällt im allgemeinen ein Abgeordneter; in 23 Wahlkreisen, die sich an die Provinzen und Regierungsbezirke anlehnen, werden insgesamt 401 Abgeordnete gewählt. Die Wahlen finden am 26. Januar statt.

Die Ausübung der Kommandogewalt.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Wie die B. Z. am Mittag hört, haben die zwischen dem General Gröner namens der Heeresleitung und dem Rate der Volksbeauftragten geführten Verhandlungen über die Beschlüsse des Rätekongresses betr. die Ausübung der Kommandogewalt zu einer Verständigung geführt. Die Einzelheiten der Verständigung sollen in kürzester Frist bekannt gegeben werden.

Adolf Hoffmann zum Mitglied des Bundesrats ernannt.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B. Amtlich.) Dem Minister Adolf Hoffmann ging folgende Verfügung zu: Die preußische Regierung ernennt Sie durch Erlaß von heute zum Bevollmächtigten Preußens im Bundesrate. Sie werden hiervon mit dem Bemerken ergebenst in Kenntnis gesetzt, daß das Reichsamt des Innern und der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten entsprechend benachrichtigt worden sind. Unterschrift: Ströbel.

Im Anschluß hieran können wir mitteilen, daß es Herrn Hoffmann etwas besser geht. Der Arzt spricht die Hoffnung aus, den Patienten nunmehr durchbringen zu können.

Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjet-Regierung.

Berlin, 20. Dez. (W.T.B.) Die zum Reichskongreß der A.- und S.-Räte delegierten Kameraden der Ostfront veröffentlichten eine Erklärung, in der sie auf das dringendste die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung Rußlands befürworten.

Schwierigkeit der Durchführung der Beschlüsse des Reichskongresses.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat nach Schluß des Kongresses mit dem Rat der Volksbeauftragten über die Durchführung der auf dem Kongreß angenommenen Anträge beraten. In der Sitzung lagen Erklärungen der obersten Heeresleitung, der militärischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission, des Kriegsministeriums, des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und anderen Stellen vor, wonach die Rückführung der Truppen in die Heimat und die Durchführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes bei sofortiger Verwirklichung der Forderungen des Kongresses auf das schwerste gefährdet sein würden. Der Zentralrat stimmte darin überein, daß gesetzliche Verordnungen zur Ausführung der Kongreßbeschlüsse erforderlich sind. Diese Verordnungen nebst Ausführungsbestimmungen sollen so schnell wie möglich erlassen werden. Bis dahin bleibt es bei den bisherigen Zuständen.

Eingriff der „Unabhängigen" in einen Zeitungsbetrieb.

Bremen, 21. Dez. (W.T.B.) Laut Weserzeitung erschienen heute Vormittag mehrere unabhängige Mitglieder des Arbeiterrats in Begleitung von bewaffneten Soldaten in den Geschäftsräumen der Bürgerzeitung und erklärten, daß sie von jetzt ab den Betrieb übernehmen würden. Die bisherigen Leiter des Geschäfts und der Redaktion traten unter Protest von ihren Posten zurück.

Der neue Generalstabsarzt der Armee.

Berlin, 20. Dez. (W.T.B.) Als Nachfolger des bisherigen Generalstabsarztes der Armee des Feldsanitätswesens, Exzellenz von Tschierning, ist der Direktor des Sanitätsdepartements im Kriegsministerium, Generaloberstabsarzt Dr. Schultzen, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Generalstabsarztes der Armee und des Chefs des Sanitätskorps und des Direktors der Kaiser Wilhelm-Akademie unter Belassung in seiner bisherigen Stellung beauftragt worden. Generalstabsarzt Dr. Schultzen ist geboren am 1. Dezember 1863 zu Goßlar als Sohn des Professors L. Schultzen.

Gegen das Ablegen der Orden und Ehrenzeichen.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Seit dem Beschluß des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über das Ablegen von Orden, Ehrenzeichen und Rangabzeichen geht bei der Reichsregierung eine außerordentlich große Anzahl von Telegrammen großer und kleiner Formationen ein, die alle gegen diesen Beschluß protestieren und in ihrer Mehrzahl ihn als einen Angriff auf ihre Ehre und eine Herabwürdigung des Einzelnen und der Formation bezeichnen.

Die Wahlordnung zur deutschen Nationalversammlung.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Dezember 1918, welche besagt: Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden am Sonntag, den 19. Januar 1919 statt. Die Wählerlisten sind zu jedermanns Einsicht am 30. Dezember auszulegen. Einsprüche gegen die Wählerlisten sind binnen einer Woche zu erledigen; die Wahlvorschläge sind spätestens am 4. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzureichen. Die Wahlkommissare haben die in § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1353) vorgeschriebene Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort zu erlassen. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt sofort in Wirksamkeit.

—)*(—

Baden.

Einige Feststellungen.

::: **Offenburg**, 20. Dez. (Wahlkampf.) Die wenigen sachlichen Feststellungen, die in dem Artikel des Volksfreunds vom 19. d. M. „Die Nationalwahlen in Baden" von Offenburg berichtet sind, seien kurz dahin ergänzt, daß der angegriffene Redner neben der Aeußerung, daß die Revolution zur Erreichung einer sozialen Demokratie überflüssig gewesen sei, behauptet hat,

1. daß durch die Revolution viel Nationalvermögen, besonders in den zu räumenden Gebieten, verloren gegangen ist;

2. daß die Revolution in ihrer Außenpolitik idealistischer war, als jemals die alte Regierung; daß sie vollkommen Schiffbruch gelitten hat dadurch, daß sie die Weltrevolution nicht durchsetzen konnte;

3. daß Wilson die Bildung des Völkerbundes vermutlich viel leichter durchsetzen könnte, wenn Deutschland noch seine Flotte und eine Front hätte, wenn auch eine zurückgenommene.

Bezüglich des Standpunktes August Bebels zur „freien Liebe" sei auf den Abschnitt „Die Frau in der Zukunft" seines Buches „Die Frau und der Sozialismus" verwiesen. Dort schreibt Bebel: „Dieser Bund" — die künftige Ehe — „ist ein Privatvertrag ohne Dazwischentreten irgend eines Funktionärs, wie die Ehe bis ins späte Mittelalter ein Privatvertrag war." (Ohne Kirche?)... „Stellt sich Unverträglichkeit, Enttäuschung oder Abneigung heraus, so gebietet die Moral, die unnatürlich und darum unsittlich gewordene Verbindung zu lösen." Die künftige Ehe soll nach Bebel also nicht nur ohne die Kirche, sondern auch ohne die rechtliche und die Mitwirkung des Staates als Autorität geschlossen werden, und unter Voraussetzungen wie Enttäuschung gleich jedem Privatvertrag lösbar sein. Aber Bebel wird noch deutlicher. Er nimmt Bezug auf die Schriftstellerin Fanny Lewald: „... Denn wir lesen alle doch ohne die geringste sittliche Entrüstung z. B. von Goethe — um nur gleich den Größten als Beispiel zu wählen — wie er oft und immer wieder seines Herzens Wärme und den Enthusiasmus seiner großen Seele an eine andere Frau verschwendet. Der Einsichtsvolle findet das nur natürlich, eben seiner großen schwer zu befriedigenden Seele wegen, und nur der beschränkte Moralist hält sich tadelnd dabei auf." Bebel fügt hinzu: „Aber warum nur für die „großen Seelen" und nicht auch für die andern, die keine „großen Seelen" sind und keine werden konnten? Für uns besteht dieser Unterschied nicht." Bebel verläßt bei dem Rezept, die gegenwärtige Ehe zu bessern, den Boden der Wirklichkeit. Praktisch hätten wir mit seinem Rezept die „freie Liebe". Die Entrüstung des oder vielmehr der anwesenden Sozialdemokraten scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß sie die Prostitution mit der „freien Liebe" verwechselten. Die Prostitution verurteilt Bebel selbstverständlich auch.

—)*(—

Chronik.

Baden.

ϕ **Ettlingen**, 21. Dez. Am Samstag fuhren französische Sanitätsautos und Lastwagen, an welchen die Trikolore flatterte und auf denen französische Offiziere und Mannschaften in Uniform saßen, durch Ettlingen ins Albtal. Es handelt sich um eine französische Kommission, die mit Erlaubnis der badischen Volksregierung nach Stuttgart fuhr, um dort französische Verwundete zu holen. Nachmittags kehrten die französischen Sanitätswagen auf dem gleichen Weg zurück.

ℒ **Mannheim**, 23. Dez. Die Firma Benz und Co. hat ihren Arbeitern und Angestellten dadurch eine Weihnachtsfreude bereitet, daß jeder ledige Arbeiter 150 Mk., jeder verheiratete Arbeiter 200 Mk. erhält und für jedes Kind unter 15 Jahren eine weitere einmalige Zulage von 50 Mk. gegeben wird. Kinderreiche Familien erhalten somit zu Weihnachten 500 und mehr Mark. Die Angestellten erhalten entsprechend ähnliche Beträge.

ℒ **Mannheim**, 22. Dez. Die Entscheidung über den Neckar-Donau-Kanal dürfte bald fallen. Verschiedene neue Projekte dafür wurden, zum Teil auch von privater Seite, ausgearbeitet.

⚒ **Pforzheim**, 21. Dez. Im Güterbahnhof geriet der Taglöhner Emil Reinhold zwischen zwei Kraftwagen und wurde totgedrückt.

✠ **Schwetzingen**, 23. Dez. Der Gemeindevorstand von Ketsch, Bürgermeister Strattthaus, hat nach 10jähriger Tätigkeit sein Amt niedergelegt. — Am Bahnhof Hockenheim wurde aus einem vorbeifahrenden Zuge ein scharfer Schuß abgegeben und dadurch ein Kriegsteilnehmer erheblich verletzt. — Das 2jährige Söhnchen einer Hockenheimer Familie fiel in einen Topf heißen Wassers und starb an den erlittenen Verbrühungen.

⚍ **Rastatt**, 20. Dez. Das hiesige Bürgermeisteramt veröffentlichte dieser Tage im Inseratenteil der beiden Lokalblätter die Namen dreier Frauenspersonen, die sich unlängst beim Abtransport von einigen Kriegsgefangenen am Bahnhof derart auffällig benahmen, daß das Publikum sich entrüstet an die Polizeiorgane um Abhilfe wendete. — So ists recht. An den Pranger mit solchen Frauenzimmern, welche ihre nationale Würde in solcher Art und Weise in den Kot ziehen

⚒ **Rastatt**, 20. Dez. Wie vielfach an anderen Orten, so ist auch in Rastatt die Verschmelzung der Nationalliberalen mit den Demokraten nicht so glatt verlaufen, sondern hat ihre politischen Opfer gefordert. Der bekannte, um das Gewerbewesen hochverdiente Gewerberat und liberale Landtagsabgeordnete Adolf Niederbühl, sowie Herr Bauunternehmer Eduard Degler fanden vor dem demokratischen Richterstuhl keine Gnade und wurden abgesägt. Und die einst so stolzen Nationalliberalen bissen in den saueren Apfel. Ja, heutzutage erlebt man recht merkwürdige Dinge.

)!(**Hörden** (Murgtal), 22. Dez. Der letzte Rundholzflößer, Kilian Sänger, ist im Alter von über 84 Jahren hier zur letzten Ruhe gebettet worden. Er war ein Original und besaß Muttermitz und hatte sein Handwerk auch im fernen Galizien ausüben können.

ℒ **Freiburg**, 23. Dez. Der Stadtrat hat das Ministerium des Innern ersucht, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsgesellschaften in ausreichendem Maße Material und Waren freigeben, da dann die kaufmännischen Arbeitgeber um so leichter ihr Personal wieder einstellen und weitere beschäftigen könen.

ϕ **Donaueschingen**, 23. Sept. Seit Mitte letzter Woche ist im Schwarzwald starker Schneefall eingetreten. Viele Wege und Straßen sind vollständig verschneit.

ϕ **Bonndorf**, 22. Dez. Die im 45. Jahrgange erscheinende liberale Schwarzwälder Zeitung wird vom Neujahr ab statt wöchentlich viermal, wochentäglich herausgegeben.

ℒ **Waldshut**, 22. Dez. Wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, ist im August dieses Jahres die Rosa Ruch von dem Küchenchef des Hotels am Schluchsee bei Menzenschwand durch Unvorsichtigkeit erschossen worden. Die Strafkammer verurteilte deshalb den Küchenchef zu vier Monaten Gefängnis.

Generaldirektion der Staatseisenbahnen Mitteilung für die Presse.

Wegen Ueberfüllung des Bahnhofs Würzburg und stockender Abnahme der badischen Güterzüge ist bis auf weiteres der gesamte Frachtstückgut- sowie Eil- und Frachtgutwagenladungsverkehr nach Würzburg Ort und Uebergang gesperrt. Nach Würzburg und darüber hinaus können deshalb in den nächsten Tagen nur Eilstückgüter angenommen und befördert werden.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Um finanzielle Wirkungen der Erwerbslosenfürsorge zu vermeiden, erhält ein Erlaß eine Verordnung für das deutsche Reich über Arbeitspflicht. Darnach soll die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung künftig dann ausgeschlossen sein, wenn der Arbeitslose die Annahme einer Arbeit verweigert, für die er geeignet ist. Man hofft dadurch, auch der Schwierigkeit Herr zu werden, daß großstädtische Arbeitslose so schwer zu bewegen sind, der auf dem Lande sich bietenden Arbeit nachzugehen.

Aus anderen deutschen Staaten.

Stuttgart, 21. Dez. (W.T.B.) Nachträglich wird bekannt, daß Fürst Georg Waldburg-Zeil, Mitglied der württembergischen Ersten Kammer und der Kammer der bayerischen Reichsräte am 2. September bei Peronne gefallen ist.

Kommentar überflüssig.

Berlin, 23. Dez. Zum Baubeginn des Walchenseekraftwerkes, das ganz Bayern mit Elektrizität versorgen und den Bedarf an fremden Kohlen herabsetzen soll, haben sich, wie der Berliner Lokalanzeiger erfährt, am ersten Tage 60 Ingenieure und zwei Arbeiter gemeldet. Am zweiten Tage waren es 240 Ingenieure und immer noch zwei Arbeiter. Der Berliner Lokalanzeiger meint: Kommentar überflüssig.

Neuer Streik im Ruhrrevier.

Berlin, 23. Dez. Auf zwei Zechen bei Dortmund fuhren die Belegschaften vorgestern an. Die Zahl der Streikenden hat sich dadurch wieder, wie der Vorwärts meldet, um 3000 auf 17 000 verstärkt.

—)*(—

Aus dem Stadtkreis.

Karlsruhe, 23. Dezember 1918.

-:- **Der Bad. Eisenbahnerverband und die Betriebskrankenkasse der Bad. Staatseisenbahnen.** In einer stark besuchten Mitgliederversammlung des Badischen Eisenbahnerverbandes, Obmannschaft III, Karlsruhe, am 20 Dezember im „Prinz Ludwig", wurde nach einem Referat über die Betriebskrankenkasse der badischen Staatseisenbahnen folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 20. Dezember im „Prinz Ludwig" stark besuchte Versammlung des Badischen Eisenbahnerverbandes, Obmannschaft III, Karlsruhe, nimmt Kenntnis von dem schlechten Stand unserer Betriebskasse. Sie ist der Ansicht, daß der Staat zur Sanierung der Kasse die Mittel aufbringt. Diese Mehrausgaben sind nicht nur verursacht durch die Schuld der Mitglieder, sondern sind hervorgerufen worden, durch die ungünstigen Ernährungsverhältnisse, die lediglich eine Folge des Krieges waren. Daher ist es auch eine Pflicht des Staates, diese Mehrausgaben auf seine Schultern zu nehmen. Denn die Mitglieder drüften kaum, ohne sich bedenklichen Erschütterungen auszusetzen, in der Lage sein, diese Summe von über einer halben Million durch die Beiträge aufzubringen."

Na. **Lebensmittelverteilung.** In der Weihnachtswoche gibt es Schweizerkäse, Lebkuchen, Gebäck und Puddingpulver; außerdem Graupen, Marmelade und Fett. Der Schweizerkäse und das Gebäck wird in den Geschäften für allgemeine Lebensmittel, die Lebkuchen in den Bäckereien abgegeben. — Für die folgende Woche ist die Ausgabe von Teigwaren- und Kaffee-Ersatz vorgemerkt.

Na. **Als Weihnachtsgabe für die Karlsruher Lazarette** hat die Aktiengesellschaft für Metall-Industrie vormals Gustav Richter in Karlsruhe (Rheinhafen) dem Oberbürgermeister die Summe von 200 Mark übersandt.

-:- **Kirchenmusik.** Der Kirchenchor der Bernharduskirche bringt am 1. Weihnachtsfeiertag in der Christmette, wie auch im Hochamt die prächtige Abt Vogler-Weihnachtsmesse mit voller Orchesterbegleitung zur Aufführung.

—)*(—

Gerichtssaal.

-?- **Karlsruhe**, 20. Dez. Die Schwurgerichtsperiode im 1. Vierteljahre 1919 beginnt am 13. Januar. Hierzu sind folgende Geschworenen ausgelost worden: Heinrich Ahr, jung, Steinhauer, Jöhrsbach; Heinrich Füß, Regierungsrat, hier; Dr. Hermann Baier, Archivassessor, hier; Emanuel Endres, Obergärtner, hier; Karl Friedrich Schidle, Bürgermeister und Landwirt, Ersingen; Josef Anglinger, Zigarrenkistenfabrikant, Mingolsheim; Hans Jucker, Bildhauermeister, Rastatt; Gustav Mors, Rentner, Baden; Emil Tenneberger, Bankkalkulator, hier; Anton Armbrust, Bäckermeister, Baden; Fritz Diersfeld, Fabrikdirektor, Durlach; Karl Geiß, Kreiswanderlehrer, Durlach; August Bäuerle, alt, Mechaniker, Jöhrsbach; Karl August Schneider, Landwirt und Weinhändler, Linkenheim; Franz Xaver Hauck, Mühlenbesitzer, Karlsruhe; Emil Villarz, Hotelbesitzer, Baden; Karl Armbruster, Bijouterieexporteur, Pforzheim; Gottlieb Friedrich Ruf, Landwirt, Knielingen; Karl Haberacker, Former, hier; Ewald Schmidt, Druckereibesitzer, Bruchsal; Ferdinand Schroff, Möbelfabrikant, Bruchsal; Leopold Hauck, Stadtbaumeister, Durlach; Gustav Adolf Löffler, Maschinenfabrikant, Pforzheim; Otto Holzwarth, Kaufmann, Ettlingen; Georg Eberle, Faktor, hier; Franz Johann Fritz, Sohn, Landwirt, Wintersdorf; David Wiedemann, Metzgermeister, Sinzheim; Ludwig Sihler, Schlosser, hier; Georg Adam Klumpp, Landwirt, Dürrn; Karl Wilhelm Hauer I, Bürgermeister, Knielingen.

Ein neuer deutscher Protest.

Berlin, 22. Dez. (W.T.B.) Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission teilt uns mit: Der Vorort Nied bei Frankfurt a. M. ist gestern von den Franzosen besetzt worden. Entgegen der Zusagen von Marschall Foch hat der französische Ortskommandant verfügt, daß alle männlichen Personen, die nicht bereits vor dem Kriege daselbst ansässig waren, interniert werden, wenn sie sich nicht innerhalb 48 Stunden entfernen. Diese Anordnung trifft eine große Zahl von Eisenbahnbeamten und viele Hunderte von Arbeitern der dortigen Hauptwerkstätte. Die größte für die Entente arbeitende Werkstätte für Lokomotiven wird dadurch vollständig lahmgelegt. Diese Maßnahme macht es Deutschland unmöglich, die übernommene Ablieferung von Lokomotiven durchzuführen. Von der Waffenstillstandskommission in Spaa ist Protest eingelegt worden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Note der deutschen Waffenstillstandskommission.

Berlin, 22. Dez. (W.T.B.) Der Gesandte von Haniel übergab am 21. Dezember in Spaa folgende beiden Noten:

1. Unter nochmaligem Hinweis auf die außerordentliche politische Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung bitte ich im Auftrage der deutschen Regierung, daß in die Vorbereitung und Vornahme der Wahlen, insbesondere auch in die Preß- und Versammlungsfreiheit kein Eingriff getan wird, sowie daß gestattet wird, daß die erforderliche Berichterstattung der Verwaltungsbehörden über die Vorbereitung und Vornahme der Wahlen ungehindert geschehen kann. Da die Wahlen schon im Januar stattfinden sollen, wäre die deutsche Regierung für die Beschleunigung der erforderlichen Anordnung dankbar.

gez.: von Haniel.

2. Es ist eine große Anzahl von Klagen über unmenschliche Behandlung der aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen Deutschen durch die Franzosen eingelaufen. Im Auftrage der deutschen Regierung bitte ich um ausreichenden Schutz und menschenwürdige Behandlung dieser Deutschen während des Transportes.

gez.: von Haniel.

Berlin, 22. Dez. (W.T.B.) Der französische Platzkommandant von Höchst a. M. hat angeordnet, daß der gesamte Verkehr zwischen den besetzten Gebieten und der neutralen Zone, also auch zwischen Höchst und Frankfurt a. M., völlig gestört wird. Alle erteilten Pässe sind für ungültig erklärt worden. Die Franzosen haben in der Grenzstadt Nied die Schienen aufgerissen. Hierdurch muß in den Vororten in Frankfurt a. M. in kürzester Zeit Arbeitslosigkeit entstehen. Die französische Besatzung hat aber gleichzeitig die Stellung von Geiseln, welche das Wohlverhalten der Arbeiter gewährleisten sollen, angeordnet. Gegen diese Anordnung, die mit dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens im Widerspruch stehen, ist Protest erhoben worden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

*

Deutsche Antwort auf eine Mitteilung des amerikanischen Staatsdepartements.

Berlin, 21. Dez. (W.T.B.) In der Washingtoner Meldung, die am 5. beanstandete, daß eine deutsche Note an die Vereinigten Staaten und nicht an alle assoziierten Regierungen gerichtet worden wäre, wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Seitdem die amerikanische Regierung den Wunsch ausgesprochen hat, daß alle deutschen Noten an sämtliche feindliche Regierungen gerichtet werden möchten, ist von hier aus stets diesem Wunsche Rechnung getragen worden. Keine deutsche Note wurde seitdem ausschließlich nach Washington gerichtet. (Siehe 1. Seite.)

Zentrumspartei Karlsruhe.

5222

Donnerstag, den 26. Dezember
(Stephanstag)
4 Uhr nachm., im Saale der Alten Brauerei Kammerer, Waldhornstraße 23:

Frauen-Versammlung

Redner: Herr Justizsekretär Kühn.
Rednerin: Fräulein Marie Kamm.

Hierzu werden sämtliche Frauen und Mädchen aus der Oststadt ergebenst eingeladen.

Wahlausschuß der Oststadt.

Achtung! Achtung!

Für die Feiertage

empfehlen wir unsere
prima Fleisch-, sowie erstklassigen Wurstwaren.
Pferdeschlächterei, Georg-Friedrichstraße 18, Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die bisher zur Unterbringung von Kranken benutzte städtische Festhalle wird vom Montag, den 23. ds. Mts., an einer Durchgasung nach dem Cyanwasserstoffverfahren unterzogen. Das Gebäude wird in dem erforderlichen Umkreis durch Posten abgesperrt, deren Weisungen unbedingt Folge zu leisten ist. Eine Annäherung an das Gebäude über die von den Posten bezeichnete Linie hinaus ist streng verboten.

Das Gas macht sich durch auffallenden Geruch schon in starker Verdünnung, die der Gesundheit noch nicht schadet, deutlich bemerkbar. Jedermann wird aufgefordert, sich aus dem Bereich dieses Geruches möglichst zu entfernen. 5216

Karlsruhe, den 21. Dezember 1918.

Bezirksamt — Polizeidirektion. 5216

Bekanntmachung.

Betr. Aenderung in der Linienführung.

Zur glatteren Durchführung des Verkehrs und zur Vereinfachung im Betriebe werden die beiden Linien 4 und 8 vom Sonntag, den 22. Dezember, ab zusammengelegt. Die jeweils aus der Karlstraße oder Ettlingerstraße kommenden Wagen vorgenannter Linien setzen nicht mehr am Hauptbahnhof um, sondern fahren über den Bahnhofsplatz weiter.

Die neue Linienführung, die sich aus der Zusammenlegung ergibt, ist folgende:

Friedhof—Durlacher Tor—Kaiserstraße—Karlstraße—Hauptbahnhof—Ettlingerstraße—Markt—Kaiserstraße—Mühlburger Tor—Krankenhaus und umgekehrt. Sie wird gekennzeichnet durch die Liniennummer 8 auf weißem Feld und bei Dunkelheit durch grünes Signallicht. Die Kopfschilder der Wagen tragen wie bisher zwischen Friedhof und Hauptbahnhof über Karlstraße die Bezeichnung Hauptbahnhof oder Friedhof auf gelbem Feld, zwischen Hauptbahnhof und Krankenhaus über Ettlingerstraße die Bezeichnung Hauptbahnhof über Ettlingerstraße oder Krankenhaus über Ettlingerstraße auf grünweißem Feld.

Karlsruhe, den 20. Dezember. 5174

Städtisches Bahnamt Karlsruhe i. B.

Bekanntmachung.

Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die **Ziehung der 1. Klasse der 13. Preußisch-Süddeutschen** (239. Preußischen) **Klassenlotterie** wird nach planmäßiger Bestimmung am **7. und 8. Januar 1919** stattfinden.

Die Lose dieser Lotterie werden von den zuständigen Badischen Lotterieeinnehmern ausgegeben.

Karlsruhe, den 18. Dez. 1918. 5137

Landeshauptkasse
als Landesbehörde für die staatl. Klassenlotterie.

Städtische Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe.

Der umfangreichen Jahresabschlußarbeiten wegen bleiben unsere sämtlichen Kassen am **Montag, den 30 und Dienstag, den 31. Dezember** l. Js. geschlossen.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1918. 5156

Städtisches Sparkassenamt.

Die

Städt. Badanstalt—Vierordtbad

Karlsruhe

ist am Dienstag, den 24. ds. Mts. vor Weihnachten und am Dienstag, den 31. ds. Mts. vor Neujahr 5169

auch über die Mittagszeit bis nachmittags 5 Uhr geöffnet.

Die Schwimmhalle ist an diesen Tagen von 11—5 Uhr für Männer und Knaben geöffnet.

Soeben erschien:

Heimatgruß an die Krieger

Kirchenlied

Mel. „Ein Haus voll Glorie schauet"
(Leicht zu ändern auf: „Geleite durch die Welle")

Mit kirchlicher Druckerlaubnis.

Preis einzeln 2 Pfg. 100 Stück Mk. 1.80.

Wir bitten um freundliche Bestellung.

Badenia, Verlag und Druckerei
Karlsruhe.

Kauft bei unseren Inserenten!

Das beste natürlichste Vorbeugungsmittel gegen die Grippe sind Schwitzbäder. Dann pf-, Heissluft und elektr. Lichtbäder werden den ganzen Tag für Herren und Damen im **Friedrichsbad** abgegeben.

Zu verkaufen:
Betten, Schränke, Vertikos, Waschkommoden, Tische, Stühle, Sofa, Bilder, Spiegel usw. in
Weintraubs 5075
An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52, Karlsruhe.

Deutsch-Nationale Volkspartei.

(Christliche Volkspartei in Baden).

Montag, 23. Dezember, abends 8½ Uhr findet im Saale Adlerstraße 23 eine

Oeffentliche Frauen-Versammlung

statt. 5130

Redner: Geh. Oberkirchenrat **Mayer** (Trennung von Staat und Kirche?)
Oberjustizsekretär **Breithaupt** (die badischen Nationalwahlen).

An der Besprechung dürfen sich **nur** Frauen und Mädchen beteiligen.

Alle Frauen und Mädchen sind freundlichst eingeladen.

Der Wahlausschuß der Deutsch-Nationale Volkspartei
(Christliche Volkspartei in Baden).

Versammlung aller weiblichen Hausangestellten der ganzen Stadt

am 26. Dez. 1918 (Stephanstag) nachmittags 4 Uhr, im Saale des Friedrichshofes (Karlfriedrichstraße)

Redner: Herr Dr. Schofer,
Frau **Klara Siebert.**

Thema:

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Hiezu ladet alle weiblichen Hausangestellten ein 5104

Die Vorstandschaft des katholischen Dienstboten-Vereins Karlsruhe.

Akten, Geschäftspapiere und Frauenhaar

kauft zu höchsten Preisen

Kerzner, Alpern, Weissmann & Co.,
Karlsruhe. Amalienstrasse 37.

Zum Weihnachtsfeste
kaufen Sie billig

Carbid-

Einsätze, Kochen-, Hänge- und Tischlampen
Markttaschen, Brieftaschen
Rucksäcke, Gamaschen
Zigarretten-Etuis — Zigarettenspitzen
Spielkarten
bei der 5608

Nordischen Stahlgesellschaft m. b. H.
Karlsruhe i. B., Kaiserstrasse 81 bis 83.
Sonntags von 1 bis 6 Uhr geöffnet.

Badischer Kunstverein e. V. Karlsruhe.

Die verehrlichen Mitglieder sehen wir in Kenntnis, daß aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des Badischen Kunstvereins jedes Mitglied eine Jubiläumsdenkmünze nebst Festschrift zur Erinnerung erhält.

Die Denkmünze ist in Stahl geschnitten von Bildhauer H. Ehehalt in Karlsruhe und geprägt in der Kunstprägeanstalt B. H. Mayer in Pforzheim. Die Festschrift ist verfaßt von Geheimrat Karl Obser, Vorstand des Generallandesarchivs in Karlsruhe.

Außerdem wurden aus Anlaß des Jubiläums aus der derzeitigen Weihnachts-Ausstellung Kunstwerke angekauft, die demnächst unter die Mitglieder verlost werden. 5160

Denkmünze nebst Festschrift können während der Besuchszeit an der Kasse gegen Vorzeigen der Mitgliederkarte des Jahres 1918 in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Zahn-Atelier

Habe meine Praxis neu eröffnet.
Sprechstunden: 9—12½ und 2—6 Uhr;
Sonntags 9—12 Uhr. 5170

Franz Hill, Dentist,
Karlsruhe, Herrenstrasse 3.

Schönstes Weihnachtsgeschenk! 5156

Harmoniums

Edelste Hausmusik!

Reiche Auswahl zu mässigen Preisen.

H. Maurer, Kaiserstr. 176
Ecke Hirschstrasse.

Gebrüder

Scharff

Wir empfehlen:
Schwarzwälder Kirschwasser
Verschnitt
vorzügliche Qualität
¾ Liter Flasche Mk. **9.—**

Garantiert reinen
Rauch-Tabak
Grobschnitt Paket ca. 100 gr. **1.—**
Mittelschnitt Paket ca. 50 gr. **60 ₰**
Mischung Paket ca. 100 gr. **70 ₰**

Zigarren
gute Qualitäten
Stück **20, 28, 30, 35 u. 40 ₰**

Aus oder 2 Lotterielose
sind das beste Geschenk!
Pr.-Süd. Klassenlotterie
bietet die 1. Ziehung 7.—8. Jan. wozu 1/1 1/2 1/5 1/10 Teil
5.—10.—20.—40.— 100.— oder für 5 Klassen
25.—50.—100.—200.—
Gewinne der letzten Schutzklasse werden jetzt eingetauscht. — Listen sind angelangt. —
Ludwig Götz
Bad. Lotterieeinnehmer
Hebelstraße 11 beim Rathaus.

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe
Wilhelmstraße 34, 1 Tr.
Plüsch- und Tuchmäntel, Seidenmäntel, Paletots, Röcke, Jackenkleider Blusen
PELZE,
Plüsch-Garnituren
— Keine Ladenspesen. —
Sonntags von 11 bis 6 Uhr offen. 4718

Taschenuhren,
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 54, Karlsruhe. 5072

Pferde-Versteigerung.

Am **Dienstag, den 24. Dezember,** findet vormittags von 9 Uhr ab in der neuen Kaserne durch das Ersatz-Pferde-Depot Durlach Pferde-Versteigerung statt.

Es kommen

400 Pferde

schweren und leichten Schlags zur Versteigerung.

Händlern ist das Bieten überhaupt der Besuch der Versteigerung untersagt. Zugelassen werden nur Pferdegebraucher, die sich im Besitz einer roten oder weißen Pferdekarte befinden.

Ersatz-Pferde-Depot 14. A. K. Durlach.

Schweizer-Käse.

Der Preis für 1 Pfund beträgt **Mk. 2.60** (nicht Mk. 2.65).

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der Verkauf sämtlicher Waren bereits ab Sonntag, den 22. Dezember stattfindet. 5214

Karlsruhe, den 21. Dezember 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Praktische **Weihnachtsgeschenke**
in
Hausstands-Artikeln
wie
Porzellanwaren
Holzwaren
Eisenwaren
Stahlwaren
Emaillewaren
Bürstenwaren
Korbware,
Toilettewaren etc.
empfiehlt 5131

Gebrüder Wissler's
Spezialgeschäfte für Küche und Haus
Karlsruhe, Kaiserstrasse 137.
Rabattmarken.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Mai 1918 unter Nr. 5048 bis mit Nr. 6856 ausgestellten bzw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 7. Januar 1919 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.

Karlsruhe, den 23. Dez. 1918.

Städt. Pfandleihkasse.

Reparaturen werden rasch und billigst ausgeführt. **Adolf Sender,** Blechnerei und Installationsgeschäft, Gerwigstraße 15, Karlsruhe.

Gebisse

kauft jeden Dienstag Fr. Wolnack, Karlstr. 37 part. Karlsruhe.

Lehrlinge
auf kaufmännisches Büro zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftliche Angebote sind zu richten unter Nr. 417 an die Geschäftsstelle des Blattes. 5181

Christlich soziale Volkspartei!

Ein kath. Schriftleiter, verh., soeben aus dem Heeresdienst entlassen, seit Jahren als Volksschriftsteller mit Erfolg tätig, gewandter Redner (vor Ausbruch des Krieges selbständig im Ausland), sucht entsprechende Stellung bei der Tagespresse, Vorbereitung oder einem Verlagsunternehmen.

Zuschriften unter „Ogma" 418 an die Geschäftsstelle bd. Bl. erbeten.

Anständiges
Servierfräulein
das auch etwas Hausarbeit übernimmt, auf sof. gesucht. Teefried, Weinrestaurant Schmurr, Rastatt, Bahnhofstraße 40. 5192

Druckarbeiten
aller Art f. Gewerbe, Handel u. Behörden in jeder Ausführung und Umfang, insbesondere Massenauflagen für Rotationsdruck, verschiedenen Formaten fertigt gut und preiswert an
Badenia Karlsruhe
Buchdruckerei
Galvanopl. Anstalt
Buchbinderei usw.

Wahlprogramm

der
badischen
Zentrums-Partei
zu den Wahlen
für die verfassunggebende
National-Versammlung.

Wir liefern bei Franko-Zusendung:
Einzeln 10 Pf., 10 Stück 70 Pf., 50 Stück Mk 3.—, 100 Stück Mk 5.—, 500 Stück Mk. 20.—, 1000 Stück Mk. 30.—, höhere Partien billiger.

Verlag der Mk.-Ges. „Badenia"
Karlsruhe.

Heimgekehrte badische Krieger!

Erinnert euch der Verteilung des

Sankt
Konradsblatt

(Familienblatt für die Erzdiözese Freiburg)

im Felde, und jetzt, in die Heimat zurückgekehrt,

bestellt es sofort

bei den allerorts errichteten Agenturen oder bei den Postämtern. Preis nur 1 M (durch die Post frei ins Haus 1.12 M)

Geeigneten Personen

wird Verdienst geboten durch

Verkauf des Badischen Beobachters

an öffentlichen Plätzen in Karlsruhe. Bewerber wollen sich sofort melden bei der **Geschäftsstelle des Badischen Beobachters,** Adlerstraße 42.